CDU Baden-Württemberg

„Stärken und entlasten - Eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Baden-Württemberg“

Schöntaler Erklärung

Die baden-württembergische Landwirtschaft leistet einen unschätzbaren Beitrag für die Ernährungssicherheit der baden-württembergischen Bevölkerung, für den Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft und zur Stärkung der Biodiversität. Indem sie sichere, hochwertige und bezahlbare Lebensmittel erzeugen, leisten die Landwirte in Baden-Württemberg jeden Tag, bei Wind und Wetter und trotz mancher Hindernisse einen herausragenden, wichtigen Dienst für alle Menschen im Land. Die Landwirtschaft leistet darüber hinaus durch eine gesteigerte Klimaeffizienz, durch die Erzeugung erneuerbarer Rohstoffe, die Bindung von Kohlenstoff mittels Bewirtschaftung von Boden und Wald sowie die Produktion von Bioenergie einen Beitrag zum Klimaschutz. Daher ist es unerlässlich, den Landwirtinnen und Landwirten im Lande mit **Respekt, Wertschätzung und Dankbarkeit** zu begegnen.

Umso mehr ist die CDU Baden-Württemberg über das Vorgehen der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP verwundert. Dass die Landwirtschaft im Rahmen der Haushaltsverhandlungen mit der Streichung des Agrardiesels unverhältnismäßig stark belastet wird, stößt nicht zuletzt bei der Branche auf berechtigten Unmut. **Die CDU Baden-Württemberg lehnt diese Entscheidung der Bundesregierung strikt ab**. Der unverzichtbare Beitrag der Landwirtschaft für die Ernährungssicherheit im ganzen Land, für eine regionale und nachhaltige Urproduktion und für den Erhalt der Kulturlandschaft hatte bei den Verhandlungen der Ampel ganz offenkundig keine Bedeutung.

Die Förderung der Landwirtschaft mit öffentlichen Mitteln ist und bleibt erforderlich, um den ernährungs- und umweltpolitischen Zielen vor dem Hintergrund des EU-Binnenmarkts und eines hochvolatilen Weltmarkts Rechnung zu tragen und gleichzeitig den Landwirten ein angemessenes und verlässliches Einkommen zu ermöglichen. Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen und der deutschen Landwirtschaft innerhalb der EU sicher zu stellen. **Wir wollen kein Misstrauen und weniger Bürokratie, stattdessen wollen wir den Geist des Möglichmachens und den Grundsatz des Vertrauens**

fördern. Denn wir wollen unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft auch aus Gründen des Naturschutzes und einer gesunden Wirtschaftsstruktur erhalten und eben gerade keine anonymen. Agrarriesen züchten: **Produktion vor Ort, Verantwortung vor Ort, Transparenz vor Ort!**

Gewandelte gesellschaftliche Vorstellungen und Präferenzen, die begrüßenswerte technologische Entwicklung und die marktimmanenten Veränderungen europa- und weltweit erfordern es, die bestehende Landwirtschaftspolitik immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und weiterzuentwickeln. Grundlage dafür ist verlässliches, transparentes Regierungshandeln. **Dabei muss die Stimme der Landwirte adäquat Gehör finden**.

Auch die CDU hatte in der Vergangenheit auf Bundesebene in verschiedenen Koalitionsregierungen Verantwortung für die Landwirtschaft inne. Es wäre vermessen zu behaupten, dass unter CDU-Führung alles richtig gelaufen wäre. Was wir jedoch für uns behaupten können, ist, **dass wir unsere Entscheidungen mit der Landwirtschaft statt über die Landwirtschaft hinweg getroffen haben**. Für uns ist es selbstverständlich, mit den Landwirten und nicht gegen sie Politik zu betreiben, das ist im politischen Prozess ein entscheidender Unterschied und mehr als eine Stilfrage. Auch hier gibt die aktuelle Bundesregierung ein katastrophales Bild ab. Hingegen ist die CDU die Partei für die Landwirtschaft und für den Ländlichen Raum und will dies auch in Zukunft sein. Das Maß ist für viele Landwirte auch deshalb voll, weil sie sich mit überregulierenden Auflagen aus den unterschiedlichsten Rechtsbereichen konfrontiert sehen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit zum Teil massiv einschränkt. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich daher für einen Dreiklang aus **Regionalität – Planungssicherheit – Innovation:**

1. Regionalität

- Wir setzen uns für eine bessere Vernetzung von Regionalkampagnen mit den wichtigen Wirtschaftsakteuren ein.
- Wir fordern einen europäisch einheitlichen Ansatz zur Herkunftskennzeichnung, um gleiche Marktchancen zu schaffen bzw. zu erhalten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Handel und Landwirtschaft im Dialog bleiben, um einen fairen Handel zu stärken.

- Wir fordern eine transparente Preisgestaltung innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette zur Steigerung der Wertschätzung der baden-württembergischen und deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung. Ein Marktbeirat, der die Marktsituation wissenschaftlich betrachtet, kann ein wesentlicher Bestandteil sein.

2. Planungssicherheit

Die Forderungen im Bereich der Planungssicherheit umfassen verschiedene Rechts- bzw. Themenbereiche:

Tierschutz:

- Wir fordern eine Überarbeitung der EU-Vorschriften zum Tierschutz, die für alle EU-Staaten gleiche Marktbedingungen schaffen, ohne dass bloße Marktverdrängungen zu Lasten einheimischer Produzenten stattfinden.
- Wünschenswerte Verbesserungen beim Tierwohl müssen auf verschiedenen Ebenen und mit mehreren Instrumenten gleichzeitig angegangen werden: Wir fordern eine verbesserte Förderung des Ausstiegs aus der Anbindehaltung und eine lange Übergangsfrist; auch eine Kombihaltung von 120 Tagen halten wir für sinnvoll.

Baurecht:

- Wir fordern für die bäuerlichen Familienbetriebe Planungssicherheit und angemessene Übergangsfristen und bei baulichen Vorgaben (vor allem beim Tierwohl), die auch mit entsprechenden Investitionszeiträumen verbunden sind.

Immissionsschutz:

- Tierwohlorientierte Umbauten von Ställen müssen rechtlich einfacher werden (Immissionsschutz). Hierfür benötigt es im Immissionsschutzrecht eine tierhaltungsfreundliche, realitätsnahe, pragmatische Vereinfachung.

Wasserrecht:

- Wir fordern für „grüne“ Gebiete gezielte Entlastungen in der Düngeverordnung; z.B. Wegfall der Dünge- und Pflügetermine, Erleichterungen bei Dokumentationspflichten sowie höhere Bagatellgrenzen.

Landesrecht:

- Wir sprechen uns für eine sofortige Implementierung und Ausweitung produktionsintegrierter Kompensationsmaßnahmen (PIK) aus, um Flächennutzungskonflikte zu entschärfen.

Agrarrecht:

- Wir fordern die Rücknahme der Kürzungen bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK).
- Wir wollen dafür Sorge tragen, dass jede agrarpolitische Maßnahme mit einer soliden, zugleich bürokratiearmen Folgenabschätzung einhergeht.
- Wir bekennen uns zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung und sprechen uns für die Umsetzung der Empfehlungen der Borchert-Kommission aus.

Steuerrecht:

- Wir fordern die vollständige Rücknahme des Wegfalls der Steuerermäßigung auf den Agrardiesel.
- Wir fordern die Möglichkeit einer steuerfreien Rücklagenbildung – analog zu den Kapitalgesellschaften - für landwirtschaftliche Betriebe.

Energierecht:

- Wir fordern den Bund auf, überfällige rechtliche Klarstellungen umzusetzen (z. B. baurechtlichen Privilegierung von Agri-Photovoltaikanlagen des § 35 BauGB)
- Wir fordern, den Deckel bei der Ausschreibung von Biogasanlagen deutlich anzuheben, Anlagen mit Wärmenetz oder Biomethanerzeugung ein Prä zu geben und Genehmigungsvorschriften und -Auflagen im Immissions- und Wasserschutzbereich deutlich zu vereinfachen.

Sozialrecht:

- Die Landwirtschaft ist auf die Hilfe von Saisonarbeitskräften angewiesen. Wir fordern eine Vereinfachung bei der Einstellung zeitlich befristeter Beschäftigter und die Befreiung von der Sozialversicherungspflicht, sofern sie unter 120 Tagen im Jahr in Deutschland arbeiten.

- Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass für Saisonkräfte in der Landwirtschaft die Möglichkeit eingeräumt wird vom Mindestlohn abzuweichen.

EU-Recht

- Wir setzen uns dafür ein, nationale Alleingänge (z.B. beim Verbot des Glyphosats) zu unterlassen. Vielmehr braucht es europäische Regeln für den vereinheitlichten europäischen Agrar-Binnenmarkt und eine 1:1-Umsetzung statt verschärfender Sonderregelungen.
- Wir erachten es für notwendig, bereits jetzt mit den Überlegungen für die GAP nach 2027 zu beginnen. Hierbei sollten Bund und Länder gemeinsam insbesondere für deutliche Vereinfachungen bei der Mittelverwaltung eintreten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Ökoregelungen innerhalb der GAP in der zweiten Säule verankert werden. Dies wird den regionalen Unterschieden in der Landwirtschaft gerecht.
- Wir fordern den Bund auf, sich bei der EU unverzüglich für die Rücknahme der 4% Flächenstilllegung (GLÖZ 8) entsprechend dem jüngsten französischen Vorschlag einzusetzen, um einen Beitrag für die Ernährungssicherung zu leisten.

3. Innovation

- Wir wollen uns eine bessere Ausstattung der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP) stark machen.
- Wir fordern einen evidenzbasierten, von Technologieoffenheit getragenen Ansatz bei der Entwicklung und dem Einsatz neuer genomischer Züchtungstechniken (NGT).
- Wir wollen, dass der fossile Agrardiesel sukzessive durch landwirtschaftliche regenerative Energieträger (Pflanzenöl, Biomethan) ersetzt wird und fordern, die Mehrkosten solcher Motoren zu fördern.

Für uns als CDU ist klar: Wir wollen auch in Zukunft die bäuerlichen, nachhaltigen und fortschrittlichen Familienbetriebe in Baden-Württemberg und Deutschland erhalten. Wir wollen keine importierten Lebensmittel, die unter schlechteren, fragwürdigeren Bedingungen

erzeugt wurden, sondern eine starke, regionale Landwirtschaft aus Baden-Württemberg. Dabei ist es für uns zweitrangig, ob konventionell oder biologisch erzeugt – **aus der Region muss es kommen!**

Wir wollen, dass mit der Landwirtschaft, statt über sie gesprochen wird. Wir wollen gemeinsam für die vielfältigen Herausforderungen, die es zweifelsohne gibt, angehen. **Das geht nur Hand in Hand mit der Landwirtschaft – Politik im Dialog, statt mit dem Hammer.**

Deshalb: Die CDU Baden-Württemberg steht zur Landwirtschaft, die CDU Baden-Württemberg steht verlässlich hinter der Landwirtschaft.